

Zahlreiche Engagierte aus Niedersachsen beteiligen sich an Kundgebung in Berlin

# Inflationsausgleich für Rentner\*innen

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis hat der SoVD in Niedersachsen an einer Kundgebung in Berlin mitgewirkt und deutlich gemacht, dass Rentner\*innen – ebenso wie Pensionierte – einen Inflationsausgleich erhalten müssen (Details auf Seite 5). Zahlreiche SoVD-Mitglieder und Ehrenamtliche aus den Kreisverbänden Braunschweig, Hannover und dem Heidekreis sowie Vertreter\*innen der niedersächsischen Verbandsleitung nahmen an der Protestaktion vor dem Brandenburger Tor teil und unterstützten das wichtige Anliegen. „Wir geben nicht auf und setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Rentner\*innen beim Thema Inflationsausgleich nicht vergessen werden“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. „Mit verschiedenen Partner\*innen haben wir deshalb im Sommer mehr als 200.000 Unterschriften gegen diese Ungerechtigkeit gesammelt und sie unserem Ministerpräsidenten übergeben. Außerdem hat der SoVD eine entsprechende Petition im Bundestag eingereicht“, erläutert Swinke.



Foto: Dirk Swinke

Engagierte aus dem Heidekreis und dem Emsland, darunter Bernhard Sackarendt, SoVD-Verbandsratsvorsitzender in Niedersachsen (Mitte)



Foto: Thorsten Böttcher

Frühmorgens machten sich ehrenamtlich Engagierte und Mitglieder aus dem SoVD-Kreisverband Braunschweig auf den Weg nach Berlin.



Foto: Dirk Battke

Einige der SoVD-Mitglieder, die aus Hannover angereist waren; Ehrenamtliche aus dem Ortsverband Hannover-Süd und dem Kreisverband Hannover-Stadt hatten die Fahrt gemeinsam organisiert.



Foto: Laurin Schmid

Eines der vielen Demo-Schilder der SoVD-Teilnehmenden



Foto: Laurin Schmid

Mehr als 1.000 Menschen beteiligten sich Anfang November an der Kundgebung in Berlin.



Foto: Dirk Battke

Ingrid Beyer vom SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier (re.) auf der Bühne

Rund 2.400 Befragte antworten zu finanziellen Aspekten

## Ergebnisse der SoVD-Umfrage

Eine Umfrage des SoVD in Niedersachsen zeigt: Viele Befragte machen sich mehr finanzielle Sorgen als noch vor einigen Jahren, müssen ihren Konsum einschränken und haben nicht ausreichend Geld, um privat vorzusorgen. Der SoVD sieht mit den Ergebnissen die derzeitigen Entwicklungen und Probleme bestätigt und fordert von der Politik ein schnelles Eingreifen, damit sich die soziale Ungerechtigkeit nicht weiter verschärft.

Immer mehr Menschen sind aufgrund ihrer finanziellen Situation beunruhigt. Das bestätigt auch eine SoVD-Umfrage. Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, sich um das Thema Geld mehr Sorgen zu machen als noch vor ein paar Jahren, mehr als die Hälfte gibt bewusst weniger Geld aus. 67 Prozent haben nicht die Ressourcen, um privat vorzusorgen, damit sie im Alter gut versorgt sind.

„Das sind erschreckende Zahlen, allerdings bestätigen sie den derzeitigen Trend. Die Menschen in Niedersachsen sind angesichts der hohen Preise und der wirtschaftlichen Situation verunsichert“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Besonders besorgniserregend sei die Tatsache, dass über 80 Prozent der Befragten der Meinung sind, der Wohl-

stand in Deutschland sei ungleich verteilt.

Im Hinblick auf diese Zahlen weist der SoVD darauf hin, dass soziale Ungerechtigkeit und Verunsicherungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf Dauer auch die Demokratie gefährden. „Deshalb ist es an der Zeit, dass die Politik endlich etwas tut – und zwar sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene“ fordert Swinke. Zu den wichtigsten Forderungen gehören laut Swinke eine Steigerung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, bezahlbare Mieten, ein 29-Euro-Ticket für Bus und Bahn sowie Preisbremsen für Strom und Gas.

Der SoVD hat die nicht-repräsentative Befragung im Rahmen seiner Kampagne „Für mehr Miteinander“ an zahlreichen Standorten in Niedersachsen – darunter Celle, Diepholz,

Göttingen, das Emsland und Cuxhaven – durchgeführt. Insgesamt haben etwa 2.400 Menschen daran teilgenommen.



Foto: Carsten Schlotmann

Zahlreiche Ehrenamtliche haben die Umfrage in ganz Niedersachsen durchgeführt.

SoVD sieht vor allem Arbeitgeber\*innen in der Pflicht

### Psychische Erkrankungen in der Pflege

Laut einer DAK-Studie liegt Niedersachsen bei Krankenschreibungen über dem Bundesdurchschnitt. Psychische Erkrankungen sind die dritthäufigste Ursache für berufliche Fehltag und der Hauptgrund, warum Menschen eine Erwerbsminderungsrente beziehen. „Das können wir aus unserem Beratungsalltag bestätigen. Immer mehr Betroffene kommen zu uns, weil sie aufgrund ihrer psychischen Probleme dauerhaft nicht mehr arbeiten können“, berichtet Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Besonders groß sei die Belastung in der Pflegebranche. „Natürlich wird in den Pflegeberufen sehr viel mehr Personal benötigt. Es gibt aber auch noch weitere Stellschrauben, an denen gedreht werden kann“, so Swinke. Besonders wichtig seien etwa flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit für die Mitarbeitenden, in verschiedenen Teilzeitmodel-

len tätig zu sein. „Das kann für die Beschäftigten eine enorme Entlastung sein und macht den Alltag für sie oft einfacher“, ist sich der Vorstandsvorsitzende sicher. Auch gesundheitliche Prävention sei von großer Bedeutung: „Wir dürfen nicht warten, bis die Pflegefachkräfte so überlastet sind, dass nur noch die Krankenschreibung bleibt. Vielmehr gilt es, sie frühzeitig durch gezielte Maßnahmen wie Gesundheitsberatung oder Stressmanagement zu unterstützen.“

In erster Linie sieht Niedersachsens größter Sozialverband dabei die Arbeitgeber\*innen in der Pflicht. „Sicherlich benötigen wir auch dringend politische Änderungen im Pflegebereich. Wertschätzung, Gesundheitsschutz und bessere Arbeitsbedingungen sind aber mindestens genauso wichtig, um psychische Erkrankungen in der Belegschaft zu vermeiden“, so der niedersächsische SoVD-Chef.

„Hinsehen statt Wegschauen: So muss man Armut bekämpfen“

# SoVD-Fachtag erörtert Teilhabechancen

In Niedersachsen haben sehr viele Menschen Probleme, ihr Leben finanziell sorgenfrei zu gestalten. Mit wenig Geld fehlt es oft auch an gesellschaftlichen Teilhabe-möglichkeiten. Diese existenziellen Sorgen betreffen oftmals Alleinerziehende und ihre Kinder, aber auch zahlreiche Menschen, die in Vollzeit arbeiten, aber prekär beschäftigt sind. Mit seinem diesjährigen Fachtag, zum Thema Armutsbekämpfung, rückte der niedersächsische SoVD daher besonders die Situation dieser Menschen in den Mittelpunkt – in Vorträgen von Expertinnen aus der Wissenschaft, in Gesprächen mit Verbände-Vertreter\*innen und in einer Diskussionsrunde mit Landespolitiker\*innen.

Nach der Begrüßung der rund 70 Teilnehmenden durch den SoVD-Vorstand Dirk Kortylak ging Referentin Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja in einem Impulsvortrag auf prekäre Arbeitsverhältnisse ein. Kennzeichnend für diese seien – neben geringer Entlohnung – unsichere Verträge sowie ein Missverhältnis von gefordertem hohem Engagement einerseits und mangelnder Anerkennung andererseits. Besonders gering bewertet würden dabei Tätigkeiten, die Frauen einst privat erbracht haben, und Tätigkeiten, die oft in Teilzeit ausgeübt werden. Insbesondere systemrelevante Arbeit beinhalte in unserer Gesellschaft ein Armutsrisiko. Um mehr gesellschaftliche Wertschätzung für diese Beschäftigten zu erzielen, müssten sich diese organisieren können. Zudem brauche es öffentlichkeitswirksame Kampagnen und insgesamt eine Orientierung an gesellschaftlichem Bedarf statt an Profitinteressen.

Greta Schabram vom Paritätischen Wohlfahrtsverband stellte empirische Befunde zum Thema vor. So machte sie etwa deutlich, dass in Niedersachsen rund acht Prozent der Menschen von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen sind.

Die anschließende Gesprächsrunde mit Verbände-Vertreterinnen konzentrierte sich auf die Situation von Kindern und Alleinerziehenden. Susanne Hahn vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter (Vamv) wies darauf hin, dass es gesellschaftliche Akzeptanz dafür brauche, dass Eltern in Teilzeit arbeiten. Da diese Erwerbsarbeit zusätzlich zur Sorgearbeit geleistet werde, gebe es oft keinen Spielraum für noch mehr Arbeitsstunden. Dr. Tanja Rusack vom Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) forderte, dass das kindliche Existenzminimum neu berechnet werden müsse, um Teilhabe zu ermöglichen. Auch wies sie auf die hohe Bedeutung von Jugend- und Schulsozialarbeit hin. Die SoVD-Vertreterin Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik, erörterte, dass der Zugang zu Unterstützungsleistungen für Familien einfacher und unbürokratischer gestaltet werden müsse. Auch seien flexible Arbeitszeitmodelle und ein flächendeckendes Angebot an kostenfreier Kinderbetreuung essenziell, um insbesondere Alleinerziehende vor Armut und – damit einhergehend – einer nicht existenzsichernden Rente zu schützen.

Der niedersächsische Sozialminister Dr. Andreas Philippi berichtete in seinem Grußwort unter anderem vom Programm RIKA (Regionale Initiativen und Kooperationen für Frauen am Arbeitsmarkt). Hiermit fördert das Land Niedersachsen bis 2029 Projekte, die Frauen bessere Chancen am Arbeitsmarkt bieten.

In einer Diskussionsrunde, die SoVD-Landespressesprecherin Stefanie Jäkel moderierte, tauschten sich Simon Kopelke (DKSB), Katharina Lorenz (SoVD) und die Landespolitiker\*innen Oliver Lottke und Swantje Schendel darüber aus, wie finanzielle und soziale Teilhabe für alle Bürger\*innen gewährleistet werden kann. Deutlich wurde unter anderem, dass einer Kindergrundsicherung, die sowohl DKSB als auch SoVD fordern, eine essenzielle Bedeutung zukommt. Schendel räumte ein, dass die Politik sich auf Bundesebene vehementer für eine Einführung hätte einsetzen müssen. Sie betonte, wie wichtig es sei, dass Medien und Gesellschaft Debatten wie die um das Bürgergeld, die die Gesellschaft zusätzlich spalten, hinter sich lassen.

Von den Verbände-Vertreter\*innen sowie Expert\*innen aus dem Publikum wurde das aktuel-

le Projektfördersystem kritisiert. Wichtige Beratungsangebote verschiedener Vereine, die auch einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut leisten, würden so jeweils nach drei Jahren auslaufen. Dabei sei hier gerade eine struk-

turelle Verankerung für Betroffene wichtig. Lottke und Schendel fanden die Kritik nachvollziehbar. Sie stellten zugleich dar, dass schnelle Lösungen aufgrund fehlender finanzieller Spielräume nicht realisierbar seien.



Fotos (2): Sara Masic

Dirk Kortylak und Katharina Lorenz vom SoVD begrüßten den niedersächsischen Sozialminister Dr. Andreas Philippi (Mitte).



Diskussionsrunde mit Swantje Schendel (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), Oliver Lottke (MdL, SPD), Simon Kopelke (DKSB) sowie Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel vom SoVD (v.l.n.r.)

Jetzt auf allen gängigen Podcast-Plattformen Reinhören

## Neue Podcast-Folge zu HIV und Aids

Menschen, die HIV oder Aids haben, müssen immer noch mit Ausgrenzung kämpfen. Dabei ist die Krankheit längst kein Todesurteil mehr. Auch im Zusammenhang mit Beruf und Job stehen HIV-positive Menschen vor Herausforderungen. Deshalb sprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel in der aktuellen Podcast-Folge von „Kein Ponyhof“ darüber,

inwiefern die Anerkennung einer HIV-Infektion als Berufskrankheit möglich ist und was man unter einer Berufskrankheit überhaupt versteht. Mit Sebastian Bathge von der Aids-Hilfe in Hannover reden sie über Stigmatisierung, Prävention und das Leben mit HIV insgesamt. Aus eigener Erfahrung erzählt er, was man tun kann, um HIV-positive Menschen zu unterstützen.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Die Folge ist online unter [www.sovd-nds.de/podcast](http://www.sovd-nds.de/podcast) abrufbar.

SoVD-Tipp: Finanzielle Entlastung für Familien mit wenig Einkommen

## Bildungs- und Teilhabepaket

**Beziehen Familien Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag, können sie unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Leistungen aus dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket für ihre Kinder haben. Übernommen werden dann beispielsweise anfallende Schulkosten oder Kosten für Freizeitangebote.**

Familien mit wenig Einkommen können unter Umständen durch das Bildungs- und Teilhabepaket finanziell entlastet werden – wenn sie Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag bekommen. „Übernommen oder bezuschusst werden zum Beispiel die Kosten für Nachhilfestunden oder den Musikunterricht sowie der Mitgliedsbeitrag des Sportvereins. Außerdem können anspruchsberechtigte Familien bei Ausflügen, Klassenfahrten, der Schülerbeförderung oder der Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und Schulen finanziell entlastet werden“, weiß Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Für einen Anspruch müssen Kinder unter 25 Jahre alt sein

und eine Kindertagesstätte oder eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen. Außerdem dürfen sie keine Ausbildungsvergütung erhalten.

Ein Antrag kann formlos mit Hinweis auf den konkreten Bedarf oder mit dem entsprechenden Formular beim Job-



Foto: Aloschin Evgeniy / Adobe Stock

**Kosten für den Musikunterricht können bezuschusst werden.**

center beziehungsweise der für die oben genannten Leistungen zuständigen Stelle gestellt werden. „Für eine Kostenübernahme müssen Betroffene gegebenenfalls weitere Bescheinigungen etwa für eine Klassenfahrt vorlegen. Wichtig ist, dass Anträge rechtzeitig gestellt werden, denn grundsätzlich ist die nachträgliche Übernahme von Kosten nicht möglich. Eine Ausnahme bildet der Schulbedarf. Hier wird jeweils zum 1. Februar und zum 1. August eine Pauschale ausbezahlt“, informiert Lorenz.

Für Fragen zum Bildungs- und Teilhabepaket oder zu den genannten Sozialleistungen stehen die Berater\*innen des SoVD gerne zur Verfügung und unterstützen bei der Antragstellung.

„Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“

## SoVD informiert im Online-Vortrag

Kann man durch Krankheit arm werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt des kostenlosen digitalen Vortrags „Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“ des SoVD in Niedersachsen. Am Donnerstag, 12. Dezember, von 16 bis 17.30 Uhr erklärt Referent Kai Bursie per Zoom Wissenswertes rund um Krankengeld, Arbeitslosengeld und Co.

Ein Bandscheibenvorfall oder eine Krebserkrankung führt plötzlich zu Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung: Das kann jede\*n treffen. Wie dann die soziale Absicherung aussieht, beleuchtet Kai Bursie in seinem Vortrag. Der

Referent klärt Teilnehmende in seinem Vortrag über Fallstricke auf, die Arbeitslosengeld, Krankengeld und Co. mit sich bringen, gibt nützliche Tipps, wie diese umgangen werden können und informiert, was darüber hinaus zu beachten ist.

Unter [weiterbildung@sovd-nds.de](mailto:weiterbildung@sovd-nds.de) können sich Mitglieder und Interessierte bis zum 9. Dezember für den Online-Vortrag anmelden. Einen Teilnahmelink erhalten sie spätestens am Tag der Veranstaltung per E-Mail. Weitere Termine der digitalen SoVD-Vortragsreihe werden unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) veröffentlicht.



Foto: standret / Adobe Stock

Die Online-Vorträge des SoVD sind offen für alle Interessierten.

Für mehr Sichtbarkeit: EUTB® Meppen engagiert sich bei Ausstellung zu häuslicher Gewalt

## „Häusliche Gewalt – bitte hinschauen“

Seit 2018 ist der SoVD in Niedersachsen Träger von elf Beratungsstellen der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB®), die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert werden. Deren Angebot ist kostenfrei, unabhängig und barrierefrei und richtet sich an Menschen mit Behinderung, von einer Behinderung bedrohte Menschen sowie ihre Angehörigen. Neben der Beratung von Ratsuchenden sind weitere zentrale Aufgaben der EUTB®-Mitarbeitenden die Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit in den jeweiligen Regionen. Mit dem Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“ wirkte die EUTB® Meppen im Rahmen des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen an einer Ausstellung mit, die die Öffentlichkeit für die Problematik sensibilisieren soll.

Die EUTB® Meppen, deren Träger der SoVD ist, engagiert sich seit ihrer Gründung 2018 im regionalen Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“. „Uns ist es wichtig, dort auf Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung hinzuweisen und deutlich zu machen, dass sie zwei- bis dreimal häufiger von Gewalt betroffen sind als Menschen ohne Behinderung“, erläutert Sabine Lampe, EUTB®-Beraterin in Meppen. Das liege unter anderem daran, dass es für sie schwieriger sei, sich aus Gewaltbeziehungen zu lösen, Hilfe in Anspruch zu nehmen oder Schutz zu finden. Der Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“ trifft sich mehrmals im Jahr; deren zwölf Mitglieder gestalten jährlich einen Fachtag mit eigenen Workshops und bringen die Thematik darüber hinaus mit mindestens zwei Aktionen pro Jahr in die Öffentlichkeit. Eine der diesjährigen Aktionen fand im Rahmen

des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen statt: Unter dem Motto „Schutzmeile Häusliche Gewalt“ realisierten die Mitglieder des Arbeitskreises – darunter Weißer Ring, Jugendamt, Deutscher Kinderschutzbund und die Stiftung Opferhilfe – eine Ausstellung in 17 Schaufenstern im Stadtgebiet. Die EUTB® Meppen war bei der Eröffnung der Aktion im Ratssaal der Stadt Patin für das Schaufenster bei „Optik Vollmer“. Treffend ist hier formuliert: „Häusliche Gewalt – bitte hinschauen.“ Sabine Lampe und Ina Wysotzki, ehrenamtliche EUTB®-Mitarbeiterin, wiesen bei der Eröffnung auf die besondere Betroffenheit der Menschen – meist Frauen – mit Behinderung hin. Gerade weil Menschen mit Behinderung überdurchschnittlich oft von Gewalt betroffen sind, sei es wichtig, dass das soziale Umfeld aufmerksam sei und genau hinschaue, so Lampe.



Foto: EUTB® Meppen

„Wir alle haben die Verantwortung, nicht wegzusehen.“ heißt es im Schaufenster von „Optik Vollmer“.

Kontaktinfos aller EUTB®-Stellen sind unter [www.teilhabeberatung.de](http://www.teilhabeberatung.de) abrufbar. Die Beratung ist unabhängig von Trägern – eine Mitgliedschaft im SoVD ist daher nicht erforderlich, um sie in Anspruch zu nehmen.

Kostenfreie Beratung und persönliche Betreuung durch die VVS-Experten

## Unfallversicherung für Mitglieder

Vor allem in der kalten Jahreszeit haben ältere Menschen aufgrund von Glätte und Nässe häufiger Unfälle. Nicht selten bleiben sie danach dauerhaft geschädigt. Die dadurch entstehenden Folgekosten werden von der gesetzlichen Krankenversicherung meist nicht übernommen. Daher ist der zusätzliche Schutz durch eine Unfallversicherung sinnvoll. SoVD-Mitglieder können sich zu diesem wichtigen Thema kostenfrei bei der VerbandsversicherungsService GmbH (VVS) beraten lassen.

Während es bei älteren Menschen oft Knochenbrüche sind, kommt es bei jüngeren Leuten bei Unfällen eher zu Bänderrissen oder schweren Kopfverletzungen. Denn auch junge Menschen, die Sport treiben oder durch Hektik im Alltag unachtsam sind, können Unfälle mit Folgeschäden erleiden. Besondere Hilfsmittel oder Heilmittel sowie Behandlungsmaßnahmen durch Fachärzte sind teuer und für die meisten Menschen nicht aus eigenen Mitteln finanzierbar. Die gesetzliche Krankenversicherung kommt in den seltensten Fällen für diese auf. Darum ist es wichtig, auch für solche Notfälle einen Schutz zu haben.

Eine Unfallversicherung muss dabei nicht teuer sein. Jedoch sind die Angebote am Versicherungsmarkt sehr unterschiedlich und für Verbraucher\*innen verwirrend. Die Preisunterschiede sind sehr groß. Zudem wird der Versicherungsschutz für ältere

Menschen laut Bedingungen oft negativ verändert oder gekündigt. Damit das nicht passiert und SoVD-Mitglieder einen besonders günstigen und individuell passenden Versicherungsschutz erhalten, hat der Versicherungspartner des SoVD, die VVS GmbH, Sonderkonditionen ausgehandelt. Mit diesen erhalten SoVD-Mitglieder den bestmöglichen Versicherungsschutz – wie beispielsweise eine Invaliditätsleistung zur freien Verfügung, mit der unter anderem das eigene Haus oder Auto bedarfsgerecht umgebaut werden kann.

Die VVS arbeitet als SoVD-eigene Maklerin unabhängig von Versicherungskonzernen und kann Mitgliedern daher einen individuell passenden Versicherungsschutz empfehlen, der möglichst viele Leistungen umfasst und so kostengünstig wie möglich ist. Auch sonstige Risiken können über die VVS abgesichert werden, beispielsweise mit

einer Privat-, Hundehaftpflicht- oder Hausratversicherung. SoVD-Mitglieder können sich bei der VVS kostenfrei beraten und Angebote erstellen lassen. Zudem erhalten sie bei der VVS eine laufende persönliche Betreuung: So haben sie bei allen Fragen und in Schadensfällen immer eine Ansprechperson.

Die VVS-Experten können telefonisch unter 05101 9922 255 kontaktiert werden. Über den untenstehenden QR-Code kann zudem ein Kontaktanfrageformular an die VVS aufgerufen und ausgefüllt werden.



### BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

## Jetzt vormerken: Dezember-Termin für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater\*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 10. Dezember, von 15 bis 16 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) veröffentlicht.

### Impressum

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Niedersachsen e. V.  
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover  
Tel.: 0511 70148-0  
Fax: 0511 70148-70  
[www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)  
[presse@sovd-nds.de](mailto:presse@sovd-nds.de)

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

**Redaktion:**  
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54  
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

**Leitung:**  
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

**Vertrieb und Druck:**  
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

1.000 Euro für Ronald McDonald Haus: Kleine Hilfe bei großem Leid für Familien

## SoVD unterstützt Kinderhilfe

Bei einem Besuch des Ronald McDonald Hauses in Oldenburg übergab Benjamin Kruse, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst, eine 1.000-Euro-Spende an Monika Gansel, die Leiterin der Einrichtung.

Das Oldenburger Domizil gehört zur gemeinnützigen McDonald's-Kinderhilfe und setzt sich seit 1987 für das Wohlbefinden von Kindern und ihren Familien ein. In den Häusern der Kinderhilfe können Eltern und Geschwister in der Nähe bleiben, wenn ein Kind in einer Klinik behandelt werden muss. Das Haus in Oldenburg öffnete 2001 im Gebäude der ehemaligen Klinik-Apotheke; seither fanden in den 22 Appartements über 6.000 Familien ein Zuhause auf Zeit, um ihren Kindern in der Not als Mutmacher\*innen beizustehen. „Manche von uns wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer die Zeit ist, wenn Kinder von den Eltern behandelt werden müssen. Umso schöner ist, wenn Eltern mitsamt der hei-

len Familienwelt in die Nachbarschaft des Krankenhauses umziehen können. Das Ronald McDonald Haus ist eine kleine Welt in der Nähe der Kleinen, die Raum für Hoffnung, Mut und Gemeinsamkeit gibt“, findet Benjamin Kruse.

„Ich freue mich, dass der SoVD ein Herz für kranke Kinder hat. Kinder brauchen die Nähe der Familie – gerade wenn sie schwer erkrankt sind“, sagt Monika Gansel, Leiterin des Ronald McDonald Hauses in Oldenburg, und führt aus: „Diese Nähe hilft ihnen, wieder gesund zu werden und auch für die Familie ist es wichtig, nah bei den kleinen Patienten zu sein. Unser Haus ist ein Zuhause auf Zeit, das den Familien nach einem langen Tag in der Klinik einen Rückzugsort bietet.“



Foto: Dr. Hergen H. Riedel

**Benjamin Kruse, Vorsitzender des SoVD in Oldenburg-Delmenhorst, und Monika Gansel, Leiterin des Ronald McDonald Hauses bei der Spendenübergabe**

SoVD-Tipp für gesetzlich Krankenversicherte

### Zuzahlungsbefreiung ist möglich

**Gesetzlich Krankenversicherte müssen für bestimmte Leistungen der Krankenkasse etwas dazubezahlen. Wird die finanzielle Belastung zu hoch, kann ein Antrag auf Zuzahlungsbefreiung gestellt werden.**

Die sogenannte Belastungsgrenze wird für jeden Haushalt individuell ermittelt. Dabei werden vom Jahresbruttoeinkommen zunächst mögliche Freibeträge abgezogen. In diesem Jahr sind das 6.363 Euro für die\*den erste\*n Erwachsene\*n des Haushalts und weitere 4.242 Euro für jede\*n weitere\*n Angehörige\*n sowie 9.312 Euro pro Kind. Danach wird die Belastungsgrenze in Höhe von zwei Prozent errechnet – für chronisch kranke Menschen beträgt sie ein Prozent und auch Sozialhilfeempfänger\*innen, die etwa Bürger-

geld beziehen, können entlastet werden. Hier wird zur Berechnung der Regelsatz zugrunde gelegt. „Das Thema ist komplex und das kann verunsichern. Deshalb stehen wir Betroffenen gerne zur Seite“, sagt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Zahlungen, die die Belastungsgrenze überschreiten, werden von der Krankenkasse zurückerstattet. „Damit ein Antrag auf Zuzahlungsbefreiung gestellt werden kann, müssen aber entsprechende Belege eines Jahres gesammelt werden. Eine Befreiung ist grundsätzlich bis zu vier Jahre rückwirkend möglich“, weiß Lorenz.

Fragen zum Thema beantworten gerne die Berater\*innen des SoVD. Kontaktdaten der Beratungszentren sind unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) abrufbar.

### SOVD-ENGAGEMENT

#### Kostenfreier Wintermarkt in Braunschweig

Mehr als 200 Menschen und Familien mit geringem Einkommen waren am Samstag, 16. November, zu dem kostenlosen Wintermarkt des SoVD in Braunschweig gekommen. Diesen hatten ehrenamtlich Engagierte im Rahmen der landesweiten SoVD-Kampagne „Für mehr miteinander“ organisiert und durchgeführt.

Der Braunschweiger SoVD verteilte mit finanzieller Unterstützung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Lebensmittelpakete an die Besucher\*innen. Auch an anwesende Kinder wurde mit Süßigkeiten gedacht. Außerdem gab es Sozial-Tipps und die Besucher\*innen konnten sich mit Bratwurst, Glühwein und Kakao bei den kalten Temperaturen aufwärmen.

„Mich bewegt, dass ich anderen Menschen helfen und in dankbare Augen gucken kann. Es geht darum, mit den Menschen zu reden, denn Armut korreliert oft mit Isolation und Einsamkeit“, sagt Reiner Knoll, 1. Kreisvorsitzender des SoVD in Braunschweig.

SoVD-Engagierte bekämpfen Isolation mit kreativen Ideen und regelmäßigen Angeboten

## Ehrenamtlicher Einsatz gegen Einsamkeit

Durch die Sozialberatung und das ehrenamtliche Engagement wissen die Vertreter\*innen des SoVD, was es für Menschen bedeutet, sich in schwierigen Lebenslagen alleingelassen zu fühlen. Daher setzt sich der Verband nicht nur für politische Lösungen ein und rückt das Problem in das Bewusstsein der Öffentlichkeit – etwa mit seiner Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ in den Jahren 2022/2023 –, sondern er engagiert sich auch konkret vor Ort für die Menschen. Zahlreiche SoVD-Aktive in den Ortsverbänden setzen sich mit einer Vielzahl von Veranstaltungsformaten und Ideen für Verbesserungen ein.

Jede zehnte Person in Deutschland ist von Einsamkeit betroffen, seit der Corona-Pandemie hat sich die negative Entwicklung zudem verstärkt. Mit Isolation haben dabei nicht nur ältere oder pflegebedürftige Menschen zu kämpfen. Häufig sind auch Jüngere und Alleinerziehende betroffen. Mit ihrem Engagement tragen die SoVD-Ehrenamtlichen dazu bei, die Einsamkeit in der Gesellschaft wirksam zu reduzieren.

So haben etwa Engagierte aus dem Ortsverband Großenheidorn die Idee zur „Kontakt-Börse“ entwickelt: Jeden dritten Donnerstag im Monat treffen sie sich in Steinhude und sammeln Anregungen und Wünsche für Freizeitaktivitäten, die gemeinschaftlich oder in Kleingruppen umgesetzt werden. Federführend für dieses schöne Angebot, das ausdrücklich für alle Interessierten offen ist, sind die Großenheidornerinnen Helga Kahle, Inge Schimmelpfennig und Ursula Schlack. Der Wille, gegen das eigene Alleinsein aktiv zu werden, war stark und so beschäftigten sie sich intensiv mit der Frage, wie man Menschen, die nicht alleine unterwegs sein wollen, zusam-

menbringen kann – um etwa ein Konzert zu besuchen oder sich zu einem Restaurant-Besuch zu verabreden. „Niemand wollte nach Hause gehen“, beschreibt Helga Kahle die wohlige Stimmung nach einer gemeinsamen kulinarischen Stadtführung in Hannover. Mehr Informationen zur „Kontakt-Börse“ gibt es bei Helga Kahle unter 05033 3499 oder [helga.kahle@gmail.com](mailto:helga.kahle@gmail.com).

Auch der 112 Mitglieder starke Ortsverband Hösseringen-Räber hat ein engagiertes ehrenamtliches Team versammelt, das sich für junge und ältere Mitglieder starkmacht. Der Vorsitzende, Alfred Meyer, schildert, wie wichtig es den Vorstandsmitgliedern sei, „besonders in den grauen Tagen“, mit informativen und unterhaltsamen Angeboten Gemeinschaftsgefühle zu schaffen. Die Engagierten haben ein offenes Ohr und sind oft Mittler\*innen bei Fragen der Mitglieder, die später durch die Expert\*innen in den SoVD-Beratungszentren fachlich bearbeitet werden. „Viele Mitglieder können wegen der fehlenden Mobilität im ländlichen Raum dort nicht hinkommen; andere trauen sich nicht dort anzurufen oder so-



Foto: SoVD Großenheidorn

**Ursula Schlack (links), Helga Kahle (Mitte) sowie Inge Schimmelpfennig (2. von rechts) freuen sich auf viele weitere Aktivitäten.**

gar allein hinzufahren“, erzählt Meyer.

„Niemand in unserer Gesellschaft sollte sich alleingelassen fühlen. Deswegen bin ich sehr stolz, dass unsere Engagierten mit ihren guten Ideen vorangehen und sich für Zusammenhalt und Gemeinschaft einsetzen, den Menschen Mut machen und ganz konkrete Hilfe anbieten“, sagt Dirk Swinke, SoVD-Vorstandsvorsitzender in Niedersachsen, und ergänzt: „Unsere rund 8.000 Engagierten investieren tagtäglich sehr viel Zeit und Gedanken, um dem Gefühl der Isolation etwas entgegenzusetzen. Dafür bin ich ihnen von Herzen dankbar.“

### HINWEIS

Die umfangreichen Angebote und vielseitigen Veranstaltungen der über 7.400 SoVD-Ortsverbände in Niedersachsen können aus Platzgründen leider nicht im „Niedersachsen-Echo“ vorgestellt werden.

Interessierte, die zum Programmangebot vor Ort mehr wissen möchten, können sich aber über die Internetseiten der jeweiligen SoVD-Orts- und -Kreisverbände oder die lokale Medienberichterstattung informieren.